



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Als er beim trüben Schein eines Talglichts den Koffer auspackte und seinen letzten Habseligkeiten in dem schmalen Gefaße ihren Platz anwies, fiel sein Blick auf die Ansicht des Schlosses zu Nigremont, die Marguerite während seiner Abwesenheit über dem schmalen Bette an die schmucklose getünchte Wand befestigt hatte. Er griff nach dem Leuchter und hielt ihn dicht unter das Bild.

Es hatte doch eine stattliche Front, dieses Schloß! sagte er nachdenklich. Einhundertundachtzehn Pariser Ellen ohne den Seitenflügel — das will schon etwas heißen! Hier wohne ich nicht ganz so geräumig. Wenn ich die Arme klastere, kann ich mich rechts und links an der Wand festhalten. Das hat bei meinen Jahren ja freilich auch etwas für sich.

Aber Marguerite hat ganz Recht: wenn man von seinem Enkel abhängig ist, muß man in seinen Ansprüchen so bescheiden wie möglich sein!

(Schluß folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen. Die Wahlergebnisse in Elsaß-Lothringen gehören in keiner Richtung zu den besonders in die Augen fallenden Erscheinungen, wie etwa die in Sachsen, sie verdienen aber nicht minder die Aufmerksamkeit aller, die sich nicht mit dem nackten Gegenwärtigen begnügen, sondern dieses aus der geschichtlichen Entwicklung zu verstehen und als vorübergehende, die Reime der Zukunft in sich enthaltende Erscheinung zu deuten wünschen. Bei solcher Betrachtung gewinnt freilich manches ein andres Aussehen, und Zahlen, die nichts ungewöhnliches zu enthalten scheinen, beginnen plötzlich, eine ernste Sprache zu reden.

„Der Protest ist tot, das Protestflertum ist ausgestorben!“ das war der Jubelruf, der schon gleich nach den Hauptwahlen in einem sehr großen Teile der deutschen Presse erklang und das wichtigste Ergebnis einer Gesamtbetrachtung der Wahlen auszudrücken schien. Die Tatsache ist an sich ja unleugbar; sie ist aber zu selbstverständlich, als daß man ihr eine große Bedeutung beizulegen berechtigt wäre. Das Protestflertum stirbt an Altersschwäche; es verschwindet, weil seine Träger, nämlich Leute, die zur Zeit des Krieges schon Männer waren, das Los aller Sterblichen teilen, abzutreten vom Kampfplatz oder wenigstens ermüdet die Waffen sinken zu lassen. Der Protest war seiner Natur nach notgedrungen an die Generationen geknüpft, deren jüngste zur Zeit der Losreißung eben zum Waffendienst reif geworden war; er mag sich in einzelnen Familien, in einzelnen Gemeinden aus Gründen besondrer, individueller Art noch weiter fortpflanzen, seine Bedeutung als Massenerscheinung mußte von Jahr zu Jahr immer mehr verschwinden, und wenn jetzt kein Vertreter des Protestflertums mehr in den Reichstag einzieht, so ist das sehr erklärlich, wir möchten fast sagen selbstverständlich. Tot ist der Protest zwar noch nicht, aber er ist zu altersschwach, als daß er sich noch in einer zu greifbaren Wahlerfolgen führenden Weise betätigen könnte. Er lebt noch und zeigt auch von Zeit zu Zeit, daß er noch lebt, und die Regierung der Reichslande versäumt nicht, dem alten Herrn hin und wieder unklugerweise einen Entrüstungsschrei abzapfen, wie z. B. jüngst, als sie dem französischen General Farny die Erlaubnis verweigerte, seinem in Straßburg wohnenden zweiundneunzigjährigen Vater einen Besuch zu machen. Sie hat ihm diese Erlaubnis einige Wochen später doch gegeben, weil der alte Herr lebensgefährlich erkrankt war, aber sie hatte durch ihre vorherige Weigerung, die natürlich in der Presse besprochen wurde, bewirkt, daß unter den Stimmzetteln für die Reichstagswahlen verschiedne waren, die den Namen des Generals Farny trugen. Ob sich der Protest auch in sozialdemokratischen Wahlzetteln kundgegeben hat? Nein, bei diesen Wahlen nicht mehr; der Protest wählt entweder Merkmal

(katholische Landespartei), oder er bleibt überhaupt schmollend zuhause. Daß man bei den sieben gewählten Klerikalen nicht auf deutsch-nationale Gesinnung rechnen darf, ist ja klar; aber sie sind doch nicht als Protestler gewählt, sondern als Klerikale, und man kann sagen, daß der Protest als solcher im Wahlkampf ausgeschaltet blieb.

Der Klerikalismus hat eine nicht unbedeutende Niederlage erlitten, die um so bemerkenswerter ist, als er mit allen erlaubten und recht vielen unerlaubten Mitteln gekämpft hat. Eine geradezu ekelhaft gehässige Wahlagitation verirrte sich in Predigt und Reichstufel, in Wohltätigkeitsanstalten, Krankenhäuser und Schulen und hat vielleicht gerade durch ihre Zügellosigkeit den angestrebten Erfolg gefährdet. Während die klerikale Landespartei im alten Reichstage neun Mitglieder hatte, besetzt sie diesmal nur sieben Plätze; drei Wahlkreise, Straßburg Land, Metz und Saarburg-Chateau-Salins, sind ihr verloren gegangen, einen Platz hat sie durch die Verdrängung des Prinzen Alexander Hohenlohe im Wahlkreise Hagenau-Weißenburg erobert. Inwieweit freilich die ohne Aufstellung eines Gegentandidaten erfolgte Wahl des „unabhängigen Lothringers“ Labroise, der an die Stelle des alten Röchly getreten ist, einen Verlust für die Klerikalen bedeutet, ist noch abzuwarten. Denn die Bezeichnung „unabhängiger Lothringer“ ist eine Gesamtkette, unter der verschiedene Richtungen Platz haben. Mit ihr besetzten sich auch Dr. Saunez (Metz) und sein Schwager de Schmid (Saargemünd-Forbach), bei deren Wahl nicht politische Gründe das Treibende gewesen sind, sondern allein das Geld. Beiden hatten die Klerikalen zwar eigne Kandidaten gegenübergestellt, ebenso wie dem unabhängigen Lothringer Mérot; ein Erfolg war jedoch weder erwartet, noch — wenigstens Saunez und Schmid gegenüber — ernstlich erstrebt worden. Wild war dagegen der Kampf in den Kreisen Hagenau-Weißenburg und Straßburg Land, und wenn der eine dem Klerikalismus gewonnen, der andre verloren wurde, so lag das dort an dem unvorsichtigen Freimut des Prinzen, hier an der wenig erfreulichen Persönlichkeit des Reichstagsabgeordneten Hausz. In Hagenau-Weißenburg wäre es der Sozialdemokratie sehr leicht gelungen, dem Prinzen Hohenlohe zum Siege zu verhelfen; daß sie es nicht getan hat, war vielleicht ein taktischer Fehler. Der Sieg des liberalen Demokraten Blumenthal, Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht in Kolmar, mit andern Worten, die Niederlage des Klerikalen Hausz ist nur durch die Hilfe der Sozialdemokraten möglich gewesen. Betrachtet man die Stimmenzahl der Hauptwahlen, die im Grunde doch noch deutlicher reden als die Wahlerfolge selbst, und zählt man die für Labroise abgegebenen Stimmen den Klerikalen zu, so ist doch bei stark steigender Bevölkerungszahl der Prozentsatz der für den Klerikalismus abgegebenen Stimmen von 41 Prozent auf 40 Prozent gesunken, und er beträgt ohne die Stimmen für Labroise sogar nur 35,7 Prozent. Bezieht man die Zahl der für die klerikale Landespartei abgegebenen Stimmen nicht auf die Gesamtzahl der abgegebenen Wahlzettel, sondern auf die Gesamtzahl der eingeschriebenen Wahlberechtigten, so ergibt sich, daß diesmal von 372 729 wahlberechtigten Elsaß-Lothringern bei der Hauptwahl 29,9 Prozent für klerikale Abgeordnete gestimmt haben. Und doch gelang es diesen 29,9 Prozent Wählern, von den fünfzehn Mandaten, die das Reichsland hat, sieben zu besetzen, während die 18,4 Prozent sozialdemokratischer Wählern kein einziges Mandat erobern konnten.

Aber die Sozialdemokratie muß mit dem, was sie erreicht hat, doch sehr zufrieden sein. Ihr Anwachsen im Reichslande verlangt ganz besondere Beachtung. Bei oberflächlicher Betrachtung der Wahlergebnisse könnte es ja den Anschein haben, als ob die Behauptung des Staatssekretärs von Köller, im Reichslande sei kein Boden für die Sozialdemokratie, den Tatsachen entspreche. Für jeden Kenner der Verhältnisse liegt das Gegenteil auf der Hand. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich ist hier sehr groß; die reichlich vorhandne Industrie bietet, auch wenn sich der Verkehr zwischen Unternehmer und Arbeiter noch in so stark patriarchalischen Formen bewegt, wie hier, immer einen guten Nährboden für die sozialistischen Lehren, denen entgegenzuarbeiten die oppositionelle Stellung des Klerus keineswegs geeignet ist.

Nach auf dem Lande herrscht neben großer Wohlhabenheit in vielen Dörfern der Rheinebene doch auch viel Unsicherheit und Armut, namentlich im Gebirge und auch bei den Rebbauern. Stoff genug zur Unzufriedenheit ist überall vorhanden, besonders auch in Lothringen, und gerade die diesjährigen Stimmsergebnisse haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie, wo sie mit geeigneten Kräften arbeiten kann, auf große Fortschritte rechnen darf. Vor allem interessiert natürlich das Wahlergebnis in Straßburg selbst.

Als seinerzeit Bebel als Reichstagsabgeordneter für Straßburg Stadt in den Reichstag einzog, hatte er nur eine verhältnismäßig beschränkte Anzahl von wirklich sozialdemokratischen Stimmen hinter sich. Sein Sieg war nur dadurch möglich, daß sich der damals noch recht lebhaft protestierende sozialdemokratische Wahlzettel bediente, um seinem Unwillen über die politische Lage Ausdruck zu geben. Mit der Schwächung des Protestes ging Bebels Mandat an den liberalen Demokraten Riff über, der in politischer Beziehung jedoch von gänzlicher Bedeutungslosigkeit ist und seinen Sieg wie bisher, so auch diesmal nur dem Zusammengehen aller nicht-sozialdemokratischen Parteien zu verdanken hat. Hätte die Sozialdemokratie statt ihres hiesigen Führers, der ein energischer Mann, aber — kein Elsäffer ist, den gewandten und rednerisch begabten Redakteur des sozialdemokratischen Organs, der „Freien Presse“, Jacques Peirates, der von Geburt ein Elsäffer und seines Zeichens Schriftsetzer ist, als sozialistischen Kandidaten aufgestellt, so wäre Straßburg zweifellos im neuen Reichstag wieder durch einen Sozialdemokraten vertreten, nur mit dem Unterschied gegen das einstige Bebel'sche Mandat, daß der Erfolg diesmal nicht der Hilfe anderer Parteien, sondern den eignen Parteigenossen verdankt worden wäre.

In dreizehn Wahlkreisen von den fünfzehn reichsländischen hatte die Sozialdemokratie Kandidaten aufgestellt, und überall hat sie einen Zuwachs von Stimmen zu verzeichnen, auch da, wo die Wahlarbeit nur ganz geringfügig war. Er beträgt seit den letzten Wahlen 22603 Stimmen, d. h. 83,7 Prozent des Zuwachses der Wahlberechtigten, während die Beteiligung an den Wahlen überhaupt nur 75,1 Prozent betrug. Nach Prozenten betrachtet, sind die sozialdemokratischen Stimmen von 19,7 Prozent auf 24,7 Prozent gewachsen, eine Zunahme, die sehr zu denken gibt, wenn man weiß, mit wie außerordentlich geringen Mitteln an Geld und Personen die Agitation hier betrieben werden konnte.

Wie erwähnt, entfielen von den im Reichslande insgesamt abgegebenen 277876 Stimmen

40	Prozent auf die	Klerikale Landespartei,
24,7	„	„
35,8	„	„

Sozialdemokratie,  
andre Parteien.

Man kann nicht sagen, daß unter diesen letzten irgend eine Partei besonders in den Vordergrund träte, es wäre denn, daß man eine Partei der Notabeln konstruieren wollte. Das Notabelnwesen hat im Elsaß ein ganz klein wenig abgenommen, in Lothringen steht es noch in vollster widerlicher Blüte, wie sich auch aus den Wahlergebnissen ergibt. Als Notabelnwahlen wären im Elsaß nur die des Herrn von Schlumberger in Mülhausen und die des Herrn Hoefel im Wahlkreis Zabern, also in dem schon halb und halb zu Lothringen gehörenden „krummen Elsaß“, zu nennen; dagegen sind alle vier lothringischen Kreise mit echten „Notabeln“ besetzt, d. h. mit Leuten, die ihre Wahl lediglich ihren Machtmitteln verdanken, nicht aber irgend einem von ihnen vertretenen Programm. Diese Notabelnwahlen sind ein charakteristisches Merkmal für die politische Unreife des Landes. Wie sie gemacht werden, schildert leider nicht unzutreffend ein Bericht der „Freien Presse“ über die Wahl in Metz: „Bei der Generalmusterung der Rekruten hielt der Kreisdirektor eine Ansprache an die Bürgermeister, um ihnen das Eintreten für Jaunez [gemeint ist Dr. Max Jaunez, der Sohn des gewöhnlich als „Herzog von Lothringen“ bezeichneten Großindustriellen Jaunez] ans Herz zu legen. Die Reisen über Land besorgte Jaunez Vater, da der Sohn gerade in Paris zur Hochzeit war; da

wurden die Schulsäle zur Verfügung gestellt, und der Bürgermeister trat für den Regierungskandidaten ein. Das Abschreiben der Listen hatte der Gemeindegemeinderat zu besorgen, und die Stimmzettel trug der Gemeindediener aus. Als am Dienstag Abend die Gemeindediener vom Lande die Wahlergebnisse in die Stadt brachten, war ihr erster Gang in den Luthhof, wo der Generalstab der Partei Jaunez beim Champagner saß, die treuen Mitarbeiter in der Amtsmütze empfing, ihnen brüderlich die Hand drückte und sie reichlich mit köstlichem Stoff versah.“

Und der praktische Erfolg solcher Wahlmache ist, daß Leute in den deutschen Reichstag kommen, die wie de Schmid und Merot noch nicht einmal so viel, oder richtiger, so wenig deutsch sprechen können, wie dem gebildeten Elsäßer durchschnittlich zur Verständigung ausreichend erscheint.

Es ist noch viel politische Arbeit im Reichsland zu tun; aber wir wiederholen: der Boden ist dankbar, er würde denen eine gute Ernte geben, die die Samenkörner reiner edler Freiheit und echter Vaterlandsliebe auszustreuen verständen.

C. G.

Wie notwendig die Diakonissen sind. Unfre Schwestern, ein Wort über und für die Diakonissen, betitelt der Pastor Dr. Theodor Schäfer, Direktor der Diakonissenanstalt zu Altona, eine (im Stiftungsverlag, Potsdam, Mirbachstraße 2, 1903 erschienene) Schrift, die wir allen sozial Tätigen empfehlen. Das besitzanzeigende „unser“ bezieht sich auf den Verein Frauenhilfe, auf dessen Wunsch und für dessen Organ der Verfasser die hier zusammengefaßten Aufsätze geschrieben hat. Es wird darin gezeigt, daß die Diakonisse nicht überall notwendig ist, nämlich dort nicht, wo die Verhältnisse übersehbar und geordnet sind, was auf manchen Dörfern und in manchen kleinen Städten der Fall ist, und wo noch — auf dieses noch sei großes Gewicht zu legen — patriarchalische Fürsorge den Armen zuteil wird. An solchen Orten genügt in Krankheitsfällen die Hilfe der Nachbarn, Verwandten, Guts- und sonstigen Brotherrschaften. Aber solche Verhältnisse werden bekanntlich in dem Maße seltener, als sich das Großstadtleben ausdehnt und der Kapitalismus mit der Sozialdemokratie zusammenwirkt, alle etwa noch vorhandenen patriarchalischen Beziehungen vollends zu vernichten. Und da geht es denn vielfach zu, wie in einer Wohnung, die Schäfer beschreibt. „Die Kranke liegt im häßlichen Schmutz eines unbeschreiblichen Betts, zwei Kinder sitzen halbnackt am Tisch und kauen gesottene Kartoffeln, die ihnen der Vater beim Weggehen gegeben hat, der Säugling liegt im Kot, an einem mit eingeweichtem Brot gefüllten schwarzen Lappen saugend. Die Frau stammt aus einem andern Orte, und ihre Angehörigen, die von Hause schwer abkommen können, haben einen weiten Weg zurückzulegen, wenn sie einmal bei der Tochter und Schwester rein machen, für Mann und Kinder etwas kochen wollen. Es kommen ja auch Leute aus dem Orte, tun einige Handgriffe, bringen Speisen mit; aber von Zeit zu Zeit den Kopf hereinstecken, das ist keine geregelte Pflege und Fürsorge; wie kann dabei ein Mensch gesund werden? Auch lassen es der Ortsvorstand, der Kirchenvorstand und einzelne Wohltäter nicht an Geldunterstützung fehlen, allein der Taler kann doch nicht hegen und pflegen.“ In solchen Fällen müssen also die Armen geradezu verkommen, wenn keine Schwester am Orte ist; Vereinsdamen, die ja all ihre eignen häuslichen Pflichten haben, können sie nicht ersetzen, sondern können nur mit Hilfe der Schwestern die Armen- und Krankenpflege organisieren und überwachen. Schwestern werden denn auch allerorten verlangt, aber oft nicht auf die richtige Weise. Der Verfasser gibt an, wie Vereine und Ortsbehörden verfahren müssen, um welche zu bekommen, soweit überhaupt welche verfügbar sind; denn ihre Zahl ist allerdings viel zu gering, trotzdem daß von den 15 000 evangelischen Diakonissen, die es in der Welt gibt, 12 000 auf Deutschland kommen. Eingefügt ist auch eine Geschichte des Diakonisseninstituts von der Apostelzeit an.

